



HESSISCHER LANDTAG

27. 09. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hinterlassenschaften von Ministerpräsident Bouffier im Innenressort "beschädigen" Ansehen der Hessischen Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedankt sich bei der ganz überwiegenden Anzahl der hessischen Polizistinnen und Polizisten für ihre hervorragende und engagierte Arbeit.
2. Der Landtag bedauert, dass die Hinterlassenschaften des ehemaligen Innenministers und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier im Innenressort das Ansehen der Hessischen Polizei dauerhaft geschädigt haben. Es sind Umstände zutage getreten, die viele Bürgerinnen und Bürgern bisher für unvorstellbar gehalten haben, wie etwa massive Mobbingvorwürfe "jeder gegen jeden" im Polizeipräsidium Frankfurt oder etwa Schmerzensgeld- und Schadensersatzprozesse gegen das Land Hessen und der Verstoß gegen die Unschuldsvermutung durch eine hochrangige Führungskraft gegenüber einem ihr untergebenen Beamten.
3. Der Landtag stellt fest, dass das Verteilen von Abhörprotokollen an Medien den bisherigen Gipfel der Vorkommnisse im Polizeibereich darstellt. Die Veröffentlichung von Protokollen von Telefonüberwachungen ist Geheimnisverrat und stellt einen Straftatbestand dar, der die äußerst bedenklichen Verhältnisse bei der Hessischen Polizei unterstreicht.
4. Der Landtag stellt fest, dass die vom ehemaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier berufene Präsidentin des Landeskriminalamtes inzwischen nach dem Willen des amtierenden Innenministers Boris Rhein wegen Mängeln im Führungsverhalten dieses Amt nicht weiter ausüben soll.
5. Der Landtag stellt fest, dass der vom ehemaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier berufene Landespolizeipräsident vom neuen Innenminister Boris Rhein umgehend in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurde.
6. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung den Vorwurf, die vom ehemaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier vorgenommene Stellenbesetzung des Präsidenten der Bereitschaftspolizei sei beamtenrechtswidrig und gegen eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes erfolgt, bisher nicht ausräumen konnte.
7. Der Landtag kritisiert, dass der Rechnungshof in seinen Bemerkungen 2010 erneut bemängelt, dass "Die [im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung] geprüften Vergabeverfahren [...] überwiegend mangelhaft dokumentiert und nicht nachvollziehbar" waren. Dies wurde bereits in der Amtszeit des ehemaligen Innenministers und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier in einem Bericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2005 festgestellt, ohne dass die Mängel behoben wurden. Der amtierende Innenminister Boris Rhein

hat nach der Vorlage des letzten Berichtes eine unabhängige Überprüfung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung bis hin zu seiner möglichen Auflösung veranlasst.

8. Der Landtag stellt fest, dass nach der Feststellung rechtswidriger Vergaben im Projekt Digitalfunk der Vorwurf der Einmischung in Vergaben zum Vorteil eines Parteifreundes auf Veranlassung des ehemaligen Innenministers und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier durch den damaligen Sprecher des Innenministeriums und jetzigen Regierungssprecher Michael Bußer nicht ausgeräumt werden konnte.
9. Der Landtag stellt fest, dass die "Beförderung" des ehemaligen Innenministers zum jetzigen Ministerpräsidenten allein keine Lösung für bestehenden Probleme in Organisation und Führungsstruktur der Hessischen Polizei mit sich gebracht hat.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die Organisation und Führungsstruktur der Hessischen Polizei grundsätzlich überprüfen zu lassen und das Ergebnis der Überprüfung bis zum 1. April 2012 dem Innenausschuss vorzulegen.

Wiesbaden, 27. September 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir